

Ein Gesetz sorgt für Aufruhr

Kommunen bangen um Selbstverwaltung

Schwalm-Eder – Es geht um Geld, sehr viel Geld, das über das Gesetz „Starke Heimat Hessen“ die Kommunen vom Land bekommen sollen. Doch der finanzielle Segen hat einen Haken: Das Land will mitsprechen, wie Kommunen das Geld verwenden sollen.

Das gefällt den Städten und Gemeinden überhaupt nicht und auch der Kreistag sprach sich gegen das Gesetz aus. Denn: Es handele sich um Geld, das den Kommunen zustehe. Die wüssten besser und genauer, als die schwarz-grüne Landesregierung, wo das Geld hinfließen soll. Deshalb sprach sich der Kreistag mehrheitlich dafür aus, dass der Kreisausschuss die Landesregierung auffordert, den Kommunen das ihnen zustehende Geld zu überlassen.

Worum geht es? Zu Jahresbeginn entfällt die Erhebung der erhöhten Gewerbesteuerumlage. In der Folge stehen den Kommunen im kommenden Jahr 400 Millionen Euro zur Verfügung. Nach den Plänen der Landesregierung sollen 300 Millionen zweckgebunden den Städten und Gemeinden zukommen. 100 Millionen Euro sollen gemäß dem Gewerbesteueraufkommen verteilt werden.

CDU und Grüne verteidigten das Gesetz und sprachen davon, dass so finanzstarke Kommunen schwächere unterstützen. Deshalb würden auch die meisten Städte und Gemeinden im Landkreis unter dem Strich mehr Geld er-

halten, als wenn sie ihre Gewerbesteuer anteilig erhielten. Der Verteilungsschlüssel bewirke einen Solidaritätseffekt zwischen den Kommunen. Und die 400 Millionen Euro kommunales Geld werde komplett an die Städte und Gemeinden zurückgegeben.

Dagegen zeichnete die SPD das Bild vom Ende der kommunalen Selbstverwaltung. Denn es sei das Land, das diktiere, was mit dem Geld geschehen soll. Auch die Liberalen konnten sich nicht damit anfreunden, dass das Land das Geld nach seinen Vorstellungen umverteilt. Auch die AfD sprach sich gegen das Gesetz aus, und hatte sogar verfassungsrechtlich Bedenken.

Der Name „Starke Heimat Hessen“ sei genial gewählt meinte die FWG. Aber es sei kommunales Geld, das den Städten und Gemeinden zweckgebunden zurückgegeben werde und so die Selbstverwaltung untergrabe und beschädige. Und Landrat Winfried Becker meinte, die Landesregierung rege gute Projekte an, verwende aber dafür kommunales Geld, und das sei das Problem.

Becker nannte dabei die Befreiung von den Kita-Gebühren, die unterm Strich zulasten der Kommunen gehe. Das gleich gelte für die Entschuldung. Sie wäre eine tolle Idee, wenn sie mit Geld vom Land finanziert wäre. Sein Fazit: Das Gesetz ist Murks. Deshalb sollte man das Verfahren zu den Akten legen. ras